

hoi du

Zeitung der Unabhängigen - für Liechtenstein

www.du4.li Ausgabe 4/20 – Dezember 2020

Es braucht eine Alternative...

von Harry Quaderer

Liebe Leserinnen und Leser, die Unabhängigen treten mit 5 Kandidaten – 3 im Ober- und 2 im Unterland – zu den Landtagswahlen 2021 an. Mit den fünf auf Seite 3 vorgestellten Personen können die Unabhängigen fünf bestens geeignete, politisch engagierte und unabhängig denkende Kandidaten ins Rennen schicken, welche die Haltung der Unabhängigen und die Anliegen der Wähler bestens vertreten werden. Alle fünf Kandidaten verinnerlichen sozusagen das Mantra der Unabhängigen: Seine Meinung nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten und sich nicht von Lobbyisten leiten oder irreführen zu lassen.

Unsere Kandidaten sind nicht nur unabhängig im Denken, sondern vor allem auch unabhängige, selbständige Unternehmer, im Gegensatz zu einer immer grösser werdenden Anzahl Kandidaten und Kandidatinnen der Grossparteien, die ihren Lohn von der Öffentlichen Hand beziehen und auch gleich noch ins Hohe Haus einziehen möchten.

du - die Unabhängigen braucht es als Alternative im Landtag. Wir halten den Finger dort drauf, wo's notwendig ist, auch wenn es manchmal wehtut. So haben unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger unsere politische Arbeit (und nicht zuletzt unsere Publikation «hoi du») kennen und schätzen gelernt.

Warum du - die Unabhängigen als Alternative?

Unser Land braucht Abgeordnete, die bodenständig, selbstbewusst und ohne Nebenrücksichten und Partikularinteressen ihre Überzeugung zu vertreten wissen. Es ist ja schön, wenn sich zwei weitere Kleinparteien als die grosse und starke Opposition sehen. Wenn man aber liest, dass die Freie Liste «mitjassen» möchte, tönt das doch eher nach «mir wend o» und nicht nach Opposition.

Wenn man schon das Wort «Opposition» bemüht, sollte man z.B. doch wenigstens einmal 1500 Unterschriften für ein Referendum gesammelt haben, um glaubwürdig zu sein. Die Unabhängigen taten dies u.a. mit dem Referendum zum Finanzbeschluss für die «Tour de Ski» und hatte auch grossen Erfolg damit. Anstatt einfach nach der Pfeife der Regierung zu tanzen, haben wir dafür gesorgt, dass auch die Verpflichtungskredite für den Ausbau der S-Bahn FL.A.CH und für den Neubau des Landesspitals dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurden. Wir leben in einer direkten Demokratie, zum Glück! Das heisst nicht nur – aber auch –, dass das Volk direkt über kostspielige Projekte entscheiden kann und soll. Dass man nicht immer bei den Abstimmungssiegern ist, wenn man das Referendum ergreift, ist jedem klar. Ein Referendum ist aber trotzdem immer ein Erfolg, allein weil es dank genügend vieler Unterschriften überhaupt zustande kam und natürlich weil ein Referendum möglich macht, dass ein Projekt in der breiten Öffent-

lichkeit und nicht nur in gelenkten Gremien diskutiert werden kann. Schliesslich wird eine Volksabstimmung so immer ein Gewinn für die Demokratie.

Manche mögen es für ein Armutszeugnis ihrer «kleingeistigen» Landsleute halten, wenn sich herausstellt, dass die Mehrheit Nein gestimmt hat. Wer so denkt und auch noch in Leserbriefen schreibt, disqualifiziert sich selber als Demokrat.

Eine Volksabstimmung ist doch das höchste Gut einer Demokratie und es ist äusserst wichtig, dass bei sehr wichtigen Entscheidungen, nicht nur in finanzieller Hinsicht, das Volk das letzte Wort sprechen darf. Nehmen wir doch noch einmal die Abstimmung zur S-Bahn als Beispiel. Die geballte Kraft der Grossparteien, der Freien Liste, des VCL, der LIHK, der Gewerbekammer und etlicher Alt-Mandataren etc. setzte sich mit viel Aufwand für dieses Projekt ein und bekam vom Volk eine schallende Ohrfeige! Hat sich deshalb die Mehrheit des Volkes als notorische Neinsager zu erkennen gegeben? Oder als «armes, kleingeistiges Liechtenstein», wie sich Alt-VU-Parteipräsident Jakob Büchel so geschmacklos ausdrückte? Nein, ganz im Gegenteil. Die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner haben gezeigt, dass sie sich auch von einer Mehrheit der Parteien, Verbände und politischen Nobilitäten nicht beirren lassen. Die schweigende Mehrheit hat an der Urne ihre Stimme laut hören lassen.

Lassen können: Darum ist es immer gut, wenn man das Volk einlädt, sich direkt-demokratisch zu äussern, so dass es nicht die Faust im Sack zu machen braucht.

Unsere Briefkästen haben schon begonnen, sich wieder mit farbigen und prachtvoll gestalteten Wahlprogrammen der Parteien zu füllen. Alle vier Jahre wieder wird das Blaue vom Himmel herunter versprochen und es gibt scheinbar kein Betätigungsfeld, für welches sich die Grossparteien und auch die Freie Liste nicht mit Elan und tiefster Überzeugung einsetzen wollen. Die gestochenen scharfen Bilder, das Hochglanzpapier, gekonnte Photoshop-Effekte lassen da keine Zweifel aufkommen, dass sie die Zukunft des Landes in den nächsten vier Jahren von Grund auf viel besser gestalten werden und wir uns eigentlich im Sessel zurücklehnen und einfach all das Schöne und Gute und viel Versprochene auf uns herunter prasseln lassen könnten. Schön wär's, wenn es doch nur einmal eintreffen würde. Die Realität holt einen manchmal doch sehr schroff aus dem Träumen heraus.

Kein Programm, sondern eine klare Haltung

Von den Grossparteien wurde uns vor vier Jahren vorgeworfen, die Unabhängigen hätten ja nicht einmal ein Programm. Aber siehe da, das Liechtenstein-Institut stellte in einer Nachwahlbefragung genau das Gegenteil fest. Nicht nur das, nein, die Unabhängigen hatten mit

ihren «Positionen» den Wählerinnen und Wählern klar mitgeteilt, wie sie denken und wofür sie einstehen. Die Wählerinnen und Wähler wollen keine Versprechungen, sondern klare Ansagen. Es geht nicht darum, allen alles zu versprechen, sondern klarzumachen, was man für eine Haltung hat und was man von einem Unabhängigen erwarten kann. Unter dem Strich gilt für uns folgender Grundsatz, der ja eigentlich der Grundsatz aller gewählten Abgeordneten sein müsste:

Landtagsabgeordnete haben das Wohl des Vaterlandes ohne Nebenrücksichten nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern. Die Mitglieder des Landtages stimmen einzig nach ihrem Eid und ihrer Überzeugung.

Auch für die Landtagswahlen 2021 werden wir das Rad nicht neu erfinden und mit blumigen Worten so ziemlich alles versprechen, was man dann sowieso nicht einhalten kann. Nein, wir stehen zu unseren fünf Positionen, die von unseren fünf Kandidaten aktualisiert wurden. Sie stehen mit voller Überzeugung auf diesem Fundament für unsere politische Arbeit. Nicht mehr, nicht weniger.

Bitte lies unsere fünf Positionen auf Seite 2. Dann kennst Du nicht nur unser «Programm», sondern auch unsere Haltung.

Fortsetzung auf Seite 2

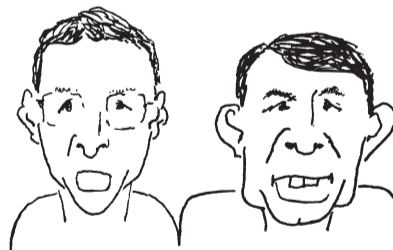
Was ich noch sagen wollte

von Harry Quaderer

Noch an der letzten Landtagssitzung im Hohen Hause musste ich staunen ob der belanglosen Debattierfreudigkeit und Wichtigtuerei einzelner Abgeordneter, ob der Führungslosigkeit und der Unfähigkeit, solchem Gebaren ein Ende zu setzen und natürlich ob des tiefen parteipolitischen Niveaus und plumpen Wahlkampfverhaltens der VU und FBP. Wenn man dann aber am nächsten Tag unsere Landeszeitungen anschaute, sah man sich wie immer nach Landtagssitzungen in einen falschen Film versetzt. Der vergangene Dezember-Landtag, der letzte Landtag dieser Legislatur, wäre für mich als ein Musterbeispiel dafür heranzuziehen, in welchen Bereichen der Landtag sich früher oder später ändern muss, ansonsten bald einmal gar niemand mehr diese politische Institution ernstnehmen wird und kann.

Der Landtagspräsident sah sich bemüssigt, den Abgeordneten vor der Sitzung per E-mail mitzuteilen, dass er aufgrund der Traktandenfülle eine speditiv Erledigung der Geschäfte erwarte und jegliche verbale Ping-Pong-Spiele zu vermeiden seien. Genau das Gegenteil traf ein. Anfangs der Dezember-Landtagsdebatte durfte man dann feststellen, was für einige Abgeordnete wirk-

77 : 77



lich wichtig und wohl das höchste aller Gefühle ist. Lassen sie mich festhalten: Die Aktuelle Stunde gibt jeder Fraktion die Gelegenheit, ein Thema zu bestimmen, über welches dann 60 Minuten lang ohne Verbindlichkeit und Beschluss zu diskutieren ist. Was dieser Stunde dann das Krönchen der Sinnlosigkeit aufsetzt: Sie findet unter Ausschluss der Regierung statt. Sehr treffend titulierte eine Journalistin die Aktuelle Stunde als «Kasperletheater ohne Publikum».

Es erstaunt natürlich gar nicht, dass die Freie Liste für die «stark befrachtete» Dezember-Sitzung die «Stärkung des Landtags» als Thema für die Aktuelle Stunde wählte. Die Voten der Freien Liste zielten eigentlich nur darauf ab, dass der Hohe Landtag zu viel arbeite, aber viel zu wenig verdiene. Natürlich sollen die

Abgeordneten nebst höheren Entschädigungen für die Landtagssitzungen und das Mitwirken in Kommissionen und Delegationen grad auch noch eine Pension erhalten. Dass unser Landtagspräsident kräftig ins gleiche Horn blies, überraschte schon grad gar nicht mehr, insbesondere weil er sich ja auch schon wieder als künftiger Landtagspräsident sieht und er am allermeisten von einer Entsoldungsänderung profitieren würde. Wenn nun die Essenz für eine zukünftige Landtagsreform ist, dass sich der Landtag höher und besser entschädigt, dann ist dies ein Armutszeugnis sondergleichen.

Meiner Ansicht nach könnte man die Abläufe im Hohen Haus mit wenigen, aber doch sehr wirksamen Änderungen um ein Vielfaches verbessern. Der Landtag sollte auf 15 Abgeordnete verkleinert werden. Die Sitzungen sollten straffer geführt, die Aktuelle Stunde abgeschafft werden und nur noch eine Kleine Anfrage per Abgeordneten sollte erlaubt sein. Sämtliche EU/EWR-Gesetzeswerke, die über eine vorbereitende Kommission in den Landtag kommen, sollten in globo verabschiedet werden. Was soll der Landtag debattieren, wenn er ja sowieso nur JA sagen kann?

Es sollte eine Redezeitbeschrän-

Fortsetzung auf Seite 4

EDITORIAL

Wir sind offiziell in der Zeit angekommen, die allgemein als die besinnliche gilt. Für manche sind die Feiertage an Weihnachten und Neujahr fast wie eine Aufforderung: «Bsinn di!» Geh' in Dich! Mach' Dir gute Vorsätze fürs neue Jahr! Wenn eine derartige Aufforderung überflüssig ist, dann in einem Jahr wie diesem. Eingesperrt im Lockdown von März bis Mai waren wir schon zur Einkehr gezwungen. Während manche vielleicht nicht so unglücklich waren, aus dem Hamsterrad des Alltags herausgerissen und zum Stillstand gezwungen worden zu sein, brachte die verordnete Ruhe für viele andere innere Unruhe und Angst mit sich. Angst vor dem Virus, Angst vor den Einschränkungen und auch Existenzangst.

Wer Angst hat, kann sich bekanntlich nicht mehr besinnen. In den vergangenen Monaten war die negative Stimmung das Bedenklichste. Wenn man liest, dass Jugendliche und junge Erwachsene in Depressionen oder Hoffnungslosigkeit versinken, könnte sich auch der eigene Blick in die Zukunft verdüstern. Der Politik müsste die Befindlichkeit vor allem der jungen Menschen Sorgen machen. Existenzangst ist verständlich, nachempfindbar. Sie ist die vielleicht schlimmste Form von Angst, weil sie lähmt. Ist sie aber in der Realität begründet und, weil sie real ist, auch berechtigt?

Es ist gut möglich, dass wir erst in der Mitte der Krise angelangt sind, kann auch sein, dass dem Staat der Schnauf für wirtschaftliche Unterstützung ausgeht, bevor wir ganz durch die Krise sind. Dann haben wir alle verloren, nicht nur diejenigen, deren Job oder Geschäft der Pandemie oder den Massnahmen gegen die Pandemie zum Opfer fällt. Aber wie kann man den Menschen die Angst nehmen? Indem die Politik versucht, mit Versprechungen und Zückerchen Zuversicht zu verbreiten? Den Standpunkt zu vertreten, dass es die Pandemie gar nicht gebe, dass wir alle irgendwann mal sterben müssen oder umgekehrt den Leuten mit unehrlichen Sprüchen wie «let's make America great again» falsche Hoffnungen zu machen und politische Gegner, die schwierige Entscheide und unliebsame Massnahmen treffen, als Bösewichte hinzustellen, welche das Virus vielleicht nicht grad selber freigesetzt haben, jetzt aber die Pandemie ausnutzen, um uns die Freiheit, den Lebensunterhalt und schliesslich das Leben zu nehmen – das alles hilft auch nicht weiter. Inwiefern verbreitet unsere Regierung Zuversicht? Wenn man deren Pressekonferenzen vor dem inneren Auge hat, dann sieht man zwei oder drei «kühle Rechner», die bereit sind, – im Vergleich zu anderen Regierungen – relativ viel Geld in die Hände zu nehmen, um die Existenz- und Zukunftsangst der Leute zu überdecken. Nehmen kann die Existenz- und Zukunftsangst ja anscheinend auch wirtschaftliche Unterstützung nicht – jedenfalls nicht allen. Deshalb könnte ein irrationaler, naiver und zweckoptimistischer Spruch wie «alles kommt gut» auf einem Boutique-Schaufenster inspirierend sein. Die Inhaberin des Kleiderladens ist seit dem Lockdown im Frühling vielleicht pleite gegangen, für sie ist vielleicht gar nicht «alles gut gekommen», aber mir gefällt der Gedanke, dass sie diesen Spruch quasi als Lebensmotto immer noch auf dem Schaufenster stehen hat oder wieder, immer wieder draufschreiben würde.

Hoffentlich ist die trotzige Zuversicht der Geschäftsinhaberin ansteckend – ansteckender als die Pandemie. Wenn die kommenden Wochen und Festtage, ja eben, «gut kommen», wird es eine besinnliche Zeit in positivem Sinne und wir können als Gemeinschaft neuen Mut fassen und Vertrauen in die Zukunft schöpfen.

Die Unabhängigen wünschen allen trotz der unangenehmen Massnahmen frohe Festtage und einen guten Rutsch in ein pandemiefreies gesundes Neues Jahr. Es kunnt scho guat!

PIO SCHURTI

Unsere Positionen.

«Die Mitglieder des Landtages stimmen einzig nach ihrem Eid und ihrer Überzeugung (Art. 57LV) und geloben «das Wohl des Vaterlandes ohne Nebenrücksichten nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern» (Art. 54 LV).

Diese Verfassungsbestimmung gilt nicht nur für Landtagsabgeordnete, sie ist gemäss Statuten der Unabhängigen deren massgebender Leitsatz. Der Leitsatz umschreibt, wie wir denken und handeln, nicht *was* wir tun wollen.

Wir sind uns einig über die Art und Weise, wie die anstehenden Aufgaben anzupacken sind, nämlich:

- **pragmatisch anstatt mit parteilichen oder privaten «Nebenrücksichten»,**
- **zielstrebig und geradlinig anstatt mit parteipolitischen Winkelzügen und Hakenschlägen,**
- **vom gesunden Menschenverstand anstatt politischer Korrektheit geleitet,**
- **mit dem Wohl der Allgemeinheit fest im Auge anstatt auf Partikularinteressen schielend,**
- **zupackend anstatt zaudernd.**

Wie unser Name «du - die Unabhängigen» sagt, sind wir keine Einheitspartei, sondern eine Gruppe von selbständig denkenden und handelnden Personen, die sich zusammengefunden haben, weil wir ähnliche Ansichten haben, was die wesentlichen Staatsaufgaben betrifft.

In der Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts nach den letzten Landtagswahlen 2017 wurde unser «Wahlprogramm» bzw. die «Positionen», wie wir es nennen, als die beste der politischen Parteien Liechtensteins gelobt. Die Unabhängigen bleiben auch für die kommende Legislaturperiode ihrer Linie treu und ändern ihre Positionen nicht! In folgenden Bereichen werden wir uns besonders engagieren:

Landespolitik

Wir leben in einer freiheitlichen, direkten Demokratie. Politisch bedeutet dies für uns, dass wir Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner möglichst «direkt» unser Zusammenleben organisieren und gestalten können. Es ist selbstverständlich, dass sich das Volk ver-

treten lässt, es soll unseres Erachtens aber wann immer nötig oder gewünscht direkt, also via Abstimmung, selber entscheiden. Wir halten es für grundfalsch, Landesangehörige, die Unterschriften für ein Referendum sammeln, als Neinsager abzustempeln.

Dementsprechend werden wir wie auch in den letzten vier Jahren den sogenannten «Regierungsparteien» und ihren Mitläufern auf die Finger schauen und ihre Entscheidungen, insbesondere Finanzbeschlüsse und Verpflichtungskredite, über welche sich die Grossparteien immer schön einig sind, hinterfragen und dem Volk das letzte Wort erteilen.

Der Verpflichtungskredit von CHF 65.5 Millionen zum Neubau Landesspital wurde trotz unserer Opposition angenommen, nachdem wir dem Volk die Möglichkeit für einen demokratischen Entscheid geschaffen hatten. Gegen die Verpflichtungskredite betreffend «Tour de Ski» und «S-Bahn» ergriffen wir das Referendum und waren erfolgreich. Für uns ist es äusserst wichtig, die direkt demokratischen Mittel unserer Verfassung zu nutzen und das Volk Liechtensteins bei wichtigen Entscheidungen mitwirken zu lassen.

Was die Wirtschaft betrifft, stehen wir für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung und sind bestrebt, die überbordende Regulierungsdichte einzudämmen. Die private Wirtschaftsfreiheit soll beispielsweise nicht einfach automatisch durch die Übernahme von Regelungswerken von aussen vermindert werden, sondern darf nur bei Bestehen eines überwiegenden öffentlichen Interesses eingeschränkt werden.

Gesellschaftlich bzw. gesellschaftspolitisch bedeutet in einer freiheitlichen Demokratie zu leben für uns, dass das Individuum grundsätzlich frei ist in seiner Lebensgestaltung. Der Staat soll nicht einmal lenkend eingreifen (z.B. sollen Paare, die sich für die Eheschliessung entscheiden, steuerlich weder begünstigt noch benachteiligt werden.)

Aussenbeziehungen

Liechtenstein überschätzt sich auf dem Parket der Weltpolitik. Egal wie gut wir mitspielen, wir spielen im bestenfalls eine Statistenrolle. Das ist auch normal. Wir sind ein kleines Land. Nicht normal ist, dass immer wieder argumentiert wird, Liechtenstein könne «vorbildlich» agieren oder könne Vorbild sein. Das ist grössenwahnsinnig, denn ein Land von Liechtensteins Grösse kann

schlechterdings nicht Vorbild sein für ein Land wie, sagen wir mal Indien.

Die Unabhängigen möchten die Aussenpolitik vollumfänglich hinterfragen. Wo brauchen wir wirklich eine Botschaft bzw. eine diplomatische Vertretung? Auch in Strassburg?

Liechtenstein sollte die Beziehungen zu seinen unmittelbaren Nachbarn, insbesondere zur Schweiz, besser pflegen. Im Kampf gegen die Corona-Pandemie konnten wir wieder einmal deutlich sehen, wie sehr wir uns auf unseren Zollvertragspartner verlassen können.

Die Vorgänge rund um die «S-Bahn» haben gezeigt, dass auch unsere Beziehungen zu Österreich verbessert werden müssen. Und wann hat unsere Regierung sich mal in Sachen Corona-Pandemie mit den Kollegen in Wien und Bern unterhalten? Unserer Regierung fehlte in den letzten Jahren der gute Draht zu den Nachbarn.

Wirtschaft

Wir sind stolz darauf, dass in unserem Team so viele Wirtschaftsvertreter (Unternehmer, selbständig Erwerbende) für den Landtag kandidieren.

Wir sind uns einig, dass der Wirtschaft am besten gedient ist, wenn es gelingt, Bürokratie und Überregulierung abzubauen.



die Unabhängigen – für Liechtenstein

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass grenzüberschreitend home-office-Lösungen gefunden werden müssen – dies nicht zuletzt, weil in den Büros unseres Landes auch sehr viele Pendler arbeiten. Die Unabhängigen werden sich für entsprechende Lösungen einsetzen.

Aufträge, insbesondere staatliche, sollen möglichst im Land vergeben werden. Liechtenstein beschäftigt ebenso viele Menschen, wie es Einwohner zählt. Ist das ein (wirtschaftlich) gesundes Verhältnis? Und wie sieht dieses Verhältnis im Vergleich zu den Aufträgen aus, die ins Ausland vergeben werden?

Die Regierung soll auch eine Studie erstellen, wie es in unseren Mittel- bis Grossbetrieben um das Verhältnis zwischen geschaffenen Arbeitsplätzen und Steuersubstrat steht. Liechtenstein ist Mitglied im EWR, in der UNO, der WTO und anderen

internationalen Organisationen und habe deshalb viele hoheitliche Aufgaben zu erfüllen. Damit wird die Grösse des Staatsapparates begründet. Hier stellt sich die Frage: Müs-sen wir überall dabei sein, verschaffen wir uns mit der Übernahme von vielen Regulierungen, die nicht unbedingt für das Funktionieren unseres Staates notwendig sind, eventuell unnötige Arbeit und damit zusätzliche Stellen? Die Landesverwaltung wird immer grösser und ist auf dem besten Weg der grösste Arbeitgeber in unserem Land zu werden. Wollen wir das bzw. können wir uns das überhaupt leisten?

In unserer Landesverwaltung arbeiten immer mehr Grenzgänger und Ausländer, muss das sein? Bei der Vergabe von Arbeitsstellen in der Landesverwaltung hat Inländervorrang zu gelten. Was bringt es unserem Land, wenn es für Pendler und Zuzüger immer mehr Arbeitsplätze schafft?

Die staatlichen Unternehmen wie Landesbank, LKW, Post, Telekom etc. müssen effizienter geführt werden. Eine Fokussierung auf die Kernkompetenzen bzw. den service public ist angezeigt. Oder die Regierung sollte sich grundsätzlich Gedanken darüber machen, sich von sämtlichen staatsnahen Betrieben, die nicht als «Staatsgeschirr» bezeichnet werden können, zu trennen. Auf keinen Fall sollte der Staat weitere Betriebe (z.B. Malbun-Bahnen) übernehmen.

Bildung

Wir stehen zum dualen Bildungsweg und sprechen uns klar gegen die zunehmende Akademisierung der Bildung aus. Der duale Bildungsweg kommt nicht nur dem Individuum, sondern auch der Wirtschaft zugute. Es ist eine Fehlentwicklung, wenn von Kindergärtnerinnen eine Matura verlangt wird. Es ist ebenso eine Fehlentwicklung, wenn Schüler nach der Matura eine Lehre absolvieren. Der Staat sollte konsequenterweise mehr in die duale Ausbildung (Schule und Berufslehre) investieren.

Die oben genannten Fehlentwicklungen sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass das Bildungswesen von einer aufgeblasenen, übergrossen Schulbürokratie geleitet wird. Liechtenstein hat sich auf weitgehende Schulautonomie geeinigt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass das Schulamt stark reduziert oder abgeschafft werden kann und soll.

Die Unabhängigen begrüßen es, dass die Universität Liechtenstein ihr Bildungsangebot in den letzten Jahren verstärkt auf die Bedürfnisse des Liechtensteiner Arbeitsmarktes

ausgerichtet hat. Wie die hohe Anzahl von Studenten aus dem Ausland bestätigt, ist das Studienangebot der Universität trotzdem weit über unser Land hinaus attraktiv.

Soziales und Gesundheit

Unsere Gesundheit ist ein hohes Gut. Sie darf dementsprechend auch etwas kosten. Man darf wohl sagen, dass wir alle bereit sind, recht viel für unsere Gesundheit auszugeben. Das sieht man alleine schon daran, wie viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner privat versichert sind.

Die Gesundheit ist nicht zuletzt deshalb ein lukratives Geschäft. Sehr gerne, allzu gerne nehmen wir die «Angebote der Gesundheitsindustrie» an. Es verwundert nicht, dass umgekehrt die Leistungserbringer versuchen möglichst viele «Gesundheitsdienstleistungen» zu «verkaufen». Neuangebote wie die Klinik in Gaflei kommen sofort gut an.

Dieses Konsumverhalten im Bereich Gesundheit treibt aber die Kosten in die Höhe. Schon bald wird jeder Liechtensteiner ein ganzes Monatsgehalt für die Krankenkassenprämie ausgeben. Die Kosten für die Krankenkasse drohen unbezahlbar zu werden.

Die Unabhängigen wollen ein hervorragendes Gesundheitssystem, das gleichermassen auf Eigenverantwortung und Solidarität aufbaut.

Im Gesundheitswesen (ambulante und stationäre Behandlungen) besteht eine Umverteilung von Reich zu Arm, rund CHF 70 Mio. werden über Steuern finanziert. Die Hochkostenversicherung (also die Versicherung für sehr kostspielige medizinische Eingriffe) wird grösstenteils aus Steuern finanziert: Etwa 1 % der Steuerzahler finanzieren 50% der Gesundheitskosten.

AHV und Krankenkassen sind Sozialleistungen im Umlageverfahren. Vereinfacht gesagt, zahlen die jungen Leute ein, damit diese Leistungen für die ältere Generation erbracht werden können. Das ist richtig so. Die Überalterung verursacht aber hohe Kosten.

Die Familienpolitik hat diesem Umstand gerecht zu werden. Die öffentliche Hand soll die jüngere Generation, vor allem Familien dabei unterstützen, die sozialen Einrichtungen wirtschaftlich in Schuss zu halten, so dass der Generationenvertrag auch in Zukunft eingehalten und umgesetzt werden kann.

Die Unabhängigen setzen sich dafür ein, dass die AHV auch in Zukunft für alle gesichert ist. Allgemein müssen wir zu unseren sozialen Institutionen wie die AHV Sorge tragen und sicherstellen, dass sie auch unseren Urenkeln zur Verfügung stehen.

Es braucht eine Alternative...

Fortsetzung von Seite 1

Von HalbeHalbe, Landesangestellten und Sesselklebern, etc.

Es war mit Sicherheit keine Absicht, keine Verschwörung, kein Männer-Macho-Gehabe oder sonst so etwas, was die Unabhängigen veranlasste, nur Männer auf ihrer Wahl-liste zu nehmen. Wir haben sehr wohl Gespräche mit einigen Frauen geführt und sie versucht zu überzeugen, dass Frauen gerade jetzt die Gunst der Stunde für eine Wahl in den Landtag nutzen können, ohne Angst davor haben zu müssen, als Frau bzw. Kandidatin sowieso «gestrichen» zu werden.

In den letzten vier Jahren wurde das Thema «Frauen» auf verschie-

densten Ebenen hochgekocht, was schliesslich am 30. August 2020 zur Volksabstimmung über die Initiative «HalbeHalbe» führte. Mit der Vorlage sollte in der Verfassung festgeschrieben werden, dass Frauen in der Politik bzw. den Gremien des öffentlichen Lebens ausgewogen vertreten sein müssen. War dies einfach zu viel des Guten? Wurde zu viel gefordert? Jedenfalls wurde die Vorlage hochkantig abgeschmettert. Den Liechtensteinerinnen und Liechtensteinerinnen ist klar, dass sie keine Quotenregelung brauchen oder wollen. Ich war immer dezidiert der Meinung, dass der permanente Druck, doch endlich eine Frauen-Quote einzuführen, Frauen eher von einer Kandidatur abstösst als motiviert. Wenn man nun die Wahllisten der anderen Parteien ansieht, darf man wohl annehmen, dass diese Einschätzung richtig war. Wenige Wochen nach der Abstimmung zu HalbeHalbe nominier-

te die FBP erstmals eine Frau als Kandidatin für das Amt des Regierungschefs und eine weitere Frau als Regierungsratskandidatin. Auch die VU setzt auf zwei Frauen als künftige Regierungsrätinnen. Das ist gut, hat aber auch einen fahlen Beigeschmack, denn obwohl wir die Regierung nicht direkt wählen können, wissen wir heute schon, dass in der künftigen Regierung die Mehrheit weiblich sein wird.

Man ist kein Primitivling, der Frauen kein Regierungsmandat zutraut, wenn man so kurz ob nach der Abstimmung zu HalbeHalbe ob dieser Entwicklung staunt. Man darf auch sagen, dass es auch weniger Mut braucht, als Regierungsrat oder Regierungsrätin zu kandidieren. Nicht wenig Mut braucht es aber, als sich als Frau (aber nicht nur als Frau) unter 74 anderen Kandidaten um eines von 25 Landtagsmandaten zu bewerben. Die Chance für eine Frau, in die Regierung zu gelangen, steht

dieses Mal bei 80%; die Wahrscheinlichkeit, in den Landtag gewählt zu werden, liegt dagegen mit Sicherheit unter 33%.

Ich wünsche nicht nur deshalb vor allem den Frauen, die sich das erste Mal um ein Landtagsmandat bewerben, viel Erfolg!

Noch ein Wort zur künftigen Regierung aus anderer Perspektive. Die Tatsache, dass zumindest in Sachen Regierung kein Frauen-Engpass besteht, ist erstaunlich und auch begrüssenswert. Ich kann mir eine Frau Regierungschefin mit Sicherheit sehr gut vorstellen und man kann ja auch mit Fug und Recht festhalten, dass Frau Monauni der FBP das Rüstzeug für dieses Amt besitzt. Leider ist aber auch in ihrem Fall festzustellen, dass der Sprung in die Regierung für ein Mitglied der Landesverwaltung oder, im Falle von Herrn Risch, aus einem staatsnahen Betrieb am einfachsten ist. Unsere Grossparteien hatten wohl

Mühe oder keinen Mut, fähige Kandidatinnen und Kandidaten von ausserhalb der »betriebsnahen« Landesverwaltung zu rekrutieren. Wo bleibt das Regierungsmitglied mit bodenständigem, handwerklichem, nicht kaufmännischem, nicht juristischem Hintergrund? Kann dieses Amt nur noch von Juristen oder

Fortsetzung auf Seite 4

Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins
«du – die Unabhängigen»

Redaktion: Pio Schurti

Adresse:
du – die Unabhängigen
Landstrasse 60
Postfach 442
9490 Vaduz
www.du4.li, info@du4.li

Auflage: 20'500 Exemplare

Landtagswahlen 2021: Unsere Kandidaten



Caspar Hoop

65 Jahre
verheiratet, 3 erwachsene Kinder

Selbständig, Inhaber einer Firma, tätig in den Sparten Herstellung von Mess- und Sortiermaschinen
Rapid Prototyping und Manufacturing

Meine Einstellung: Glaube wenig, hinterfrage vieles, denke selbst.

Deswegen hinterfrage ich z.B. die allgemeinen, immer gängigeren Vorstellungen, so u.a. dass der Strom aus der Steckdose kommt, die Milch aus dem Tetrapack, Schokolade blau ist, die Digitalisierung uns alle in eine schöne neue Welt führt, die multi-kulturelle Gesellschaft das Mass aller politischen Anstrengungen sein soll, wohin die Genderdiskussion

uns hinführen wird, was der «Reset» des WEF-Gründers Schwab, wenn er denn kommen sollte, für die Staaten und die Gesellschaft bedeutet (s. Covid-19: The great reset von Klaus Schwab und Thierry Malleret).
Deswegen hinterfrage ich, wie ist es möglich ist, dass wir, z.B., wie immer wieder in den Medien stolz betont wird, in einem der reichsten Länder dieser Welt wohnen – mit bald mehr Autos als Einwohner, andererseits aber mit über 200' 000 Franken Schulden pro Kopf (vom Säugling bis zum Greis) verschuldet sind, mit einer verschämt versteckten Armut; und ich hinterfrage, wie es sein kann, dass in einem Land mit einer immer rigideren Reglementierungsdichte, die Landesverwaltung stetig wächst (90 neue Stellen in einem Jahr), dass trotz aller gegenteiligen Lippenbekenntnisse der Koalitionsparteien, die Kosten für die Krankenkassen stetig steigen, Grossbauten erstellt werden ohne demoskopische Notwendigkeit.

Deswegen stehe ich für eine Politik mit Augenmass, in der die Liechtensteinischen Gegebenheiten gebührend berücksichtigt werden, wobei es mir fern liegt, im Moment gleichsam ein persönliches Wahl- und Punkteprogramm zu erstellen, da ich wie die meisten Menschen nicht ahnen oder wissen kann, was in den nächsten Jahre noch auf uns zukommt.



Gregor Ott

Jahrgang 1976,
wohnhaft in Schaan
verheiratet, eine Tochter

selbstständiger Unternehmer im Gesundheitsbereich

In den letzten Jahren haben die Grossparteien, Landtag und Regierung die meisten grossen Volksabstimmungen verloren. Dies zeigt klar, wie weit Regierung und Landtag vom Volk entfernt sind.

Was könnten die Gründe dafür sein? Ein Grund sehe ich in der Tatsache, dass immer mehr Landtagsabgeordnete direkt oder indirekt für den Staat arbeiten. Für mich ist das alles andere als unabhängig. Niemand beisst die Hand, die einen füttert.

Der Landtag muss ausgewogener werden und alle Bevölkerungsschichten vertreten. Selbständige Unternehmer oder Angestellte in der Privatwirtschaft sind doch deutlich in der Mehrheit, eigentlich. Das sollte sich auch in der Zusammensetzung des Landtags widerspiegeln. Wo sind denn bloss die Vertreter der Schreiner und Zimmermänner? Wo die Vertreterinnen der Hausfrauen? Wo die Vertreter der Friseurinnen und Frisöre? Wie kann man sich erklären, dass z.B. in der Schweiz die Bauern im Parlament deutlich übervertreten sind, bei uns aber seit längerem kein Bauer mehr in den Landtag gewählt wurde? Stattdessen haben wir im Landtag Staatsangestellte und Akademiker zuhauf.

Dies zeigt sich auch klar in der Geldpolitik unserer Volksvertreter. Auf der einen Seite sitzt bei der Regierung das Geld sehr locker. Über 600 Mio. Franken sind in den nächsten Jahren für teilweise sehr fragwürdige Projekte budgetiert. Auf der anderen Seite wird verlangt, dass die Bevölkerung den Gürtel enger schnallt. Und hier trifft es immer die Schwächsten. Es darf nicht sein, dass es in einem so reichen Land wie Liechtenstein überhaupt Armut gibt und Familien am Existenzminimum leben.

Genau aus diesen Gründen lasse ich mich aufstellen. Mit meinen 44 Jahren bringe ich genau die richtige Mischung aus Lebenserfahrung und dem Draht zur jüngeren Generation mit. Ausserdem gelingt mir der Spagat zwischen den Bedürfnissen von Arbeitnehmern und Unternehmern, da ich beide Seiten gut kenne. Als Unternehmer weiss ich auch, was es heisst mit dem Geld zu haushalten. Würde ich mein Unternehmen so führen, wie die Regierung und der Landtag das Land führen, wäre ich schon lange bankrott.



Ado Vogt

Ich bin 45 Jahre alt, Vater von drei Kindern.

Nach dem Abschluss meines Studiums in Wirtschaftswissenschaften in San Diego und Innsbruck (Mag. rer.soc.oec.) arbeitete ich unter anderem während 14 Jahren als Geschäftsführer und Verwaltungsrat für ein Familienunternehmen in Zürich.

Seit 2018 bin ich selbständiger Unternehmer in Liechtenstein.

Nebst meinem Mandat als stv. Abgeordneter war auch ich Mitglied in der Geschäftsprüfungskommission und anderen Kommissionen.

Ich habe mich bei diversen Volksabstimmungen an vorderster Front engagiert, so etwa zum Neubau des Landesspitals oder bei der S-Bahn.

Seit 2014 bin ich Arbeitgebervertreter der Paritätischen Kommission Marmor und Granit und Stiftungsrat des FAR, einer Vorsorgeeinrichtung zum frühzeitigen Altersrücktritt für Arbeitnehmer (ähnlich einer Pensionskasse) mit Sitz in Bern. Zudem bin ich Vorstandsmitglied des Naturstein Verbands der Schweiz.

Ich stehe für eine freiheitliche Ordnung, einen schlanken Staat und Selbstbestimmung.



Pio Schurti

Jahrgang 1964
Vater von vier Kindern

selbständig, Inhaber eines Büros für Übersetzungen, Texte und Konzepte; zurzeit auch Wirt im Gasthaus Linde in Triesen

Meine Schwerpunkte: Familie und Bildung, Kultur und Wirtschaft, Kommunikation und Aussenbeziehungen

Familie und Bildung

Ich bin Vater von vier Kindern. Familie und Bildung sind zentrale Themen in meinem Leben. Gesellschaftspolitisch setze ich mich dafür ein, dass mehr dafür getan wird, die «Work-Life-Balance» aller Paare und Familien zu erleichtern. Wenn die Familie die Kernzelle der Gesellschaft ist, dann sollte die Gesellschaft auch das Bestmögliche tun, um den Familien diese wichtige Funktion zu erleichtern. Die (Aus-)Bildung unserer Kinder, Enkel und Urenkel ist ebenso wichtig für die Individuen, die noch zur Schule gehen, wie für die Gesellschaft. Schule und Bildung eröffnen jedem Menschen Entfaltungsmöglichkeiten. Je mehr und besser sich die Menschen individuell entfalten können, umso mehr profitiert die Gesellschaft.

Ich bin seit Jahren Mitglied der Elternvereinigung, habe auch schon im Gemeindegemeinderat mitgewirkt. Seit Jahren verfolge ich die Bildungspolitik genau. Als Abgeordneter will ich die Bildungspolitik aktiv mitzugestalten.

Kultur und Wirtschaft

Kultur und Wirtschaft gehören für mich zusammen. Kultur fördert die Kreativität (oder mit einem etwas altmodischen Wort ausgedrückt: die Schaffenskraft) einer Gesellschaft. Kreativität ist für die Wirtschaft lebensnotwendig.

Was ist diese Kultur, die Kreativität fördert? In meinen Augen ist Kultur Kulturschaffen, also das, was man selber schafft, nicht das, was man einkauft und «konsumiert».

Seit Jahren werden die grossen Kulturaufgaben des Landes nach aussen vergeben. So werden z.B. staatliche Kulturinstitutionen nicht mehr von uns selbst, von LiechtensteinerInnen, gemanaged. Kultur lässt sich aber nicht delegieren. Als Abgeordneter setze ich mich dafür ein, dass unser Kulturbetrieb nicht den Konsum, sondern die Kreativität fördert. Auf lange Sicht dient Kreativität der Gesellschaft und der Wirtschaft weit mehr als Konsum. Konsum ist Verbrauch, Kreativität schafft Neues.

Liechtenstein kann stolz sein auf eine aussergewöhnliche Unternehmerrichte. Über Jahrzehnte hinweg war es relativ unkompliziert, selbständig zu werden und eine eigene Firma zu gründen. Die Vorschriften sind aber mittlerweile zu einem Dickicht herangewuchert, das einen abschreckt und abhält, ein eigenes Geschäft zu gründen.

Ich setze mich dafür ein, die Überregulierung in Wirtschaft und Gesellschaft im Zaum zu halten. Die Menschen sollten sich in der Wirtschaft wie auch in der Kultur oder Gesellschaft möglichst frei und kreativ entfalten können, ohne in einem Dickicht von Regeln und Vorschriften stecken zu bleiben.

Kommunikation und Aussenbeziehungen

Die Politik, d.h. Landtag, Regierung und Parteien, müssen mit der Bevölkerung kommunizieren. Wir leben in einer direkten Demokratie, in der die wahlberechtigte Bevölkerung vieles selber entscheiden kann und soll. Dazu muss sie gut und vertrauenswürdig informiert sein.

In den letzten Jahren war immer wieder zu beobachten, dass sowohl Regierung wie auch Landtag die Bevölkerung nicht mehr «sauber» informieren. Sie versuchen ihre Sache zu «verkaufen». Wie weit daneben Regierung und Landtag mit diesem Vorgehen lagen, hat sich in den Volksabstimmungen zur «Tour de Ski» und zur S-Bahn FL.A.CH. gezeigt. Die «Verkaufsargumente» nahmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Regierung aber nicht ab. Beide Projekte wurden bekanntlich abgelehnt.

Ich setze mich dafür ein, dass Politik, also all das, was unsere Gemeinschaft betrifft, weniger nach den Regeln des Marketings abgewickelt wird. Bürgerinnen und Bürger sollen sachlich informiert werden, so dass sie sachlich entscheiden können.

Die Kommunikation nach aussen ist sehr wichtig. Liechtenstein agiert in dieser Hinsicht etwas unbeholfen. Einmal gelingt die Auswahl der «Image-Farbe» (aubergine) nicht, dann bleibt das so genannte «Logo-management» (dreifarbiges «L» für «Liechtenstein») weitgehend erfolglos. Unser Land hat schon sehr viel Geld für Image-Kampagnen ausgegeben. Deshalb müssten sie einfach besser sein.

Ich setze mich dafür ein, dass das LiechtensteinMarketing bzw. die Imagepflege wie auch die politische Aussenkommunikation so gemacht wird, dass sie zu Liechtenstein passt. Liechtenstein soll nicht mit Schlagwörtern, Auftritten und Aktionen vermarktet werden, die mit unserem Land wenig bis nichts zu tun haben.



Adi Wohlwend

Ich wohne seit 51 Jahren in Schellenberg, habe zwei Söhne und bin selbstständiger Unternehmer.

Als Schüler und während meiner Lehre war ich Mitglied in diversen Vereinen. Nach der Lehre arbeitete ich als Mechaniker in einem Kleinunternehmen. Mit 30 Jahren gründete ich meine eigene Firma.

Politik ist für mich kein Neuland. Nebst meinem Mandat als Gemeinderat war ich auch Mitglied in verschiedenen Kommissionen.

Die Motivation und der konkrete Anlass, für den Landtag zu kandidieren, sind für mich die Volksabstimmungen über den Verpflichtungskredit für einen Langlauf-Event in Vaduz (und das nach mehreren Sparpaketen der Regierung) sowie die Volksabstimmung über den Ver-

pflistungskredit für den Ausbau der S-Bahn.

Die Ergebnisse dieser Volksabstimmungen zeigten mir wie vielen anderen: Die hohe Politik politisiert zu oft am Volk vorbei.

So kommt es, weil unser Staat ein schlechter Unternehmer ist und weil Zuschüsse, Nachtragskredite und Darlehen für staatsnahe Betriebe auf den Buckel der Steuerzahler abgewälzt werden können.

Auch in unserem Land gibt es zu viel Lobbyismus, Günstlingspolitik und Vetternwirtschaft. Entspricht das unseren Grundwerten? Ein schlanker und effizienter Staatsapparat mit einem angemessenen Haushalt sollte an erster Stelle stehen. Unsere Wirtschaft sollte diversifiziert, aber auch grössenverträglich sein. Um dahin zu kommen, sollten KMUs gefördert werden, so dass die Einwohner sich nicht nur ein gutes Einkommen verdienen, sondern auch ihre individuellen Talente entfalten können.

Höher, weiter, breiter, grösser ist nicht immer das Beste für Liechtenstein.

Beschneigung im Steg... hatten wir das nicht schon mal?

von Ivo Kaufmann

Die Abänderung der Sportstättenförderungsverordnung (SSFV) soll den Initianten der Projekte «Kletterhalle» in Schaan (Gesamtkosten: 5,5 Millionen Franken) und der Langlaufstätte Steg (Gesamtkosten: 3.65 Millionen Franken) nach vorausgegangenem Scheitern nun zum Durchbruch verhelfen. (Als Beispiel: Der Verein Valüinalopp plante 2017 gemeinsam mit dem Liechtensteinischen Skiverband (LSV) und dem Nordic Club Liechtenstein (NCL) ein millionenschweres Langlaufzentrum für den Spitzensport in Steg, welches neue Gebäude im Klein- und Grosssteg vorsah und wohl nicht zuletzt daran scheiterte.)

Gemäss neuer Verordnung kann die öffentliche Hand Projekte von «landesweitem Interesse» maximal zu 80% finanzieren. Wer nun wie viel bezahlen soll (Land, Gemeinden, Private), ist in der Verordnung jedoch nicht festgelegt und gibt Anlass zu Diskussionen. Die meisten Gemeinden haben sich vorsichtshalber schon mal aus dem Rennen genommen.

Was das neue Projekt «Sportstätte Steg» anbelangt, so ist man anscheinend vom Gedanken eines Langlaufzentrums für Spitzensportler abgekommen und versucht es jetzt als Projekt für den Breitensport zu verkaufen.

Mir fehlt jedoch schon allein aufgrund der geplanten Gebäude der Glaube daran.

Die Diskussionen um die Sinnhaftigkeit sind die gleichen geblieben: Warum soll der Steuerzahler nur schon aus ökologischer Überlegung ein solches Projekt unterstützen? Denn zwischenzeitlich weiss man, dass für Ski- und Langlaufgebiete unter 1600 Metern die Jahre gezählt sind und längerfristig keine Überlebenschance haben. Das Projekt «Sportstätte Steg» sieht die Beschneigung von zweieinhalb Kilometern auf bestehenden Strassen vor, mit dem Wunschdenken ab Ende November stabile Trainingsverhältnisse im Steg bieten zu können.

Eine Antwort darauf, was das Volk von der Idee der Beschneigung im Steg hält, hat es bereits bei der Abstimmung zur Durchführung der «Tour de Ski» im Jahr 2018 gegeben. Mit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens hat sich Liechtenstein verpflichtet, bis 2050 Netto-Null- CO₂-Emissionen zu erreichen. Darauf gilt es nun hinzuwirken und sinnlosem CO₂-Ausstoss durch Pistenbeschneigung im Steg vorzubeugen.

Anstatt für unseren CO₂-Ausstoss jährlich für viel Geld einen teuren Ablass (in Form von Zertifikaten) zu kaufen, könnten und sollten wir zuerst mal den Ausstoss von CO₂ und anderen das Klima negativ beeinflussenden Gasen reduzieren.

Das darf nicht sein: Steuern und Gebühren machen arm!

von Gregor Ott

Ich dachte immer, das Mittelalter war schlimm. Damals musste der einfache Bürger einen Zehnten dem Landvogt und einen weiteren Zehnten der Kirche abliefern. Das wären dann 20% vom «Einkommen». Eigentlich habe ich ein ganz schlimmes Bild vor meinem geistigen Auge, wenn ich an das Mittelalter denke. In Lumpen gewickelte Bauern, frierend und knapp dem Hungertod entgehend.

Aber geht es uns so viel besser?

- Maximalsteuersatz auf Einkommen von 24%
- Mehrwertsteuer 7.7%
- Krankenkasse mehr als CHF 300.-
- Mineralölsteuer 73 Rp. pro Liter Benzin
- Motorfahrzeugsteuer (z.B. VW Golf) CHF 322.-

- Tabaksteuer pro Packung CHF 4.52
- Dann wäre noch die Alkoholsteuer...
- Gebühren für Abfallsäcke
- eine deftige Gebühr für einen neuen Reisepass
- etc.

Es kann jede und jeder für sich ausrechnen, was für sie oder ihn unter dem Strich rauskommt, es rauchen ja nicht alle oder haben ein Auto.

Wie sieht es im Geldsäckel von Alleinerziehenden oder von Alleinverdienern oder einfachen Arbeiter mit zwei Kindern aus? Zunehmend gähnende Leere...

Es darf nicht sein, dass es in einem so reichen Land wie Liechtenstein überhaupt Armut gibt und Familien am Existenzminimum leben. Dieses Problem müssen wir angehen!

Es braucht eine Alternative...

Fortsetzung von Seite 2

anderen Akademikern bewältigt werden? Repräsentieren nur noch Akademikerinnen und Akademiker unser Volk? Ich wünschte mir auch einen Schreiner, Landwirt oder Mechaniker in der Regierung. So wie's jetzt aussieht, ist das wohl nur noch einer meiner Träume.

Und wie sieht der künftige Landtag aus?

Kann es sein, dass zumindest in einer Grosspartei mehr als die Hälfte der Kandidatinnen und Kandidaten direkt oder indirekt auf der Lohnliste des Landes stehen? Ist es über-

zeugend, dass man zumindest einen Kandidaten noch in der Gemeinde als international tätigen selbständigen Unternehmer ankündigte, dieser jetzt aber befristet beim Land Liechtenstein angestellt ist? Solche «Geschenke» verteilen eben nur die Grossparteien, bei den Unabhängigen wirst Du solchen Filz vergebens suchen.

Ist es sinnvoll, dass sich gar ein Amtsleiter als Landtagskandidat aufstellen lässt? Oder ist es im Sinne des Erfinders, dass ein Vorsteher grad auch noch für den Landtag kandidiert? Rechtlich lässt sich dieser Tatsache nicht viel entgegenhalten, ethisch jedoch finde ich solche Kandidaturen gelinde gesagt fragwürdig. Der Landtag darf nicht zu einer Stabsstelle des Staates verkommen. In der Doppelfunktion «Landesangestellter und Landtagsabgeord-

DpL-Vokabular und Schächle-Rhetorik

von Werner Frommelt

Pünktlich zum Nikolaustag beschenkte uns Frau Holle ausgiebig mit ihrer weissen Pracht. Um 06.00 Uhr klingelte das Telefon und ich musste ausrücken zum Winterdienst, als ich nach Dienstende um 16.00 Uhr wieder nach Hause fuhr, fiel mir auf, dass von der Einfahrt «Deponie Ställa» (Schaan) auf der Strecke Schaan-Feldkirch bis zur Engelkreuzung (Nendeln) der bergseitige Gehweg sauber geräumt war, der talseitige jedoch noch nicht. Ich machte mir keine weiteren Gedanken, da ich ja aus eigener Erfahrung weiss, dass Winterdienst (Schneeräumung) ein Knochenjob ist und man nicht überall gleichzeitig sein und pflügen kann. Als sich aber die Situation über den Feiertag (am 8. Dezember) bis zum

Mittwochmorgen nicht verbessert hatte, schrillten bei mir die Alarmglocken im höchsten Masse: Von der Schwemmegasse bis zum Dorflada in Nendeln türmten sich die Schneemassen, zum Teil Meter hoch. Ein entsprechendes Beweis-Video kann ich jedem zeigen, der's sehen will.

Nun versuchte ich den zuständigen Unternehmer Simon Schächle zu erreichen, der beauftragt ist, sich um die Räumarbeiten zu kümmern. Als ich ihn am Telefon habe, stelle ich mich als Werner Frommelt, Mitglied der Sicherheitskommission Eschen-Nendeln vor und schildere ihm den Zustand, in dem ihm zugeteilten Abschnitt und mache klar, dass ich mir Sorgen um die Fussgänger in Nendeln mache, da sie auf der Strasse gehen müssen, um zur Bushaltestelle oder Schule zu kommen, wenn das Trottoir nicht freigeräumt

ist. Auf die von mir als Mitglied der Sicherheitskommission gestellte Frage, ob der Schneepflug überhaupt gefahren sei, bekam ich als Gegenfrage, ob ich zu viel gesoffen oder andere sinneserweiternde Stoffe genommen und den Schneepflug deswegen nicht gesehen hätte? Wenn mir etwas nicht passe, solle ich doch den Vorsteher anrufen, und dann hänge er mir auf. Erst nach mehrmaligem Drängen anderer Stellen wurde der Schulweg dann geräumt und war für die Bevölkerung wieder sicher begehbar.

Dir, lieber Simon, dir als Gemeinderat, DpL-Politiker und Auftragnehmer der Gemeinde gebe ich den guten Rat, schau' das nächste Mal besser selber nach, bevor du besorgte Einwohner beschimpfst und üble Nachrede betreibt.

Service Public oder einfach nur ASV

von Adi Wohlwend

Wer erinnert sich nicht gerne an die guten alten Zeiten bei der MFK. Ein freundliches, ja sogar kollegiales Miteinander prägten die vergangenen Jahre. Am Schalter sowie am Telefon wurde man freundlich und zuvorkommend bedient. Aber eben, das war einmal.

Leider ist dem Amt für Strassenverkehr diese Umgangskultur in den letzten Jahren ein wenig abhandengekommen. Persönlicher Kontakte mit den freundlichen und kompetenten Mitarbeitern werden auf ein Minimum reduziert. Ist das wirklich

alles Corona geschuldet?

Vor drei Jahren wurde ein Ticketsystem eingeführt. Jeder Kunde wird dabei aufgefordert, ein Ticket zu ziehen und erst bei Aufruf seiner Nummer den Schalter zu betreten. Es kann passieren, dass die gezogene Nummer bis zu 10 Minuten nicht auf dem Bildschirm erscheint, obwohl sich niemand im Schalterinnenraum mit insgesamt vier Schaltern befindet.

Wer glaubt, telefonisch einen Termin, einen Ersatztermin oder andere Auskünfte zu erhalten, der irrt. Nach exakt dreieinhalb Minuten fällt man aus der Leitung. Herrscht in der

Landesverwaltung Personalmangel, der sich im Amt für Strassenverkehr besonders stark auswirkt? Kaum zu glauben.

Da wäre allerdings noch der Online-Schalter. Terminvergabe oder Terminverschiebung können online beantragt werden. Leider scheinen in der gewünschten Woche keine verfügbaren Termine auf. In der darauffolgenden Woche auch nicht, und nach fünf durchgewählten Kalenderwochen ist Schluss mit online Terminvergabe. Es wäre an der Zeit, den Service Public wieder auf ein kundenorientiertes Niveau zu bringen.

Was ich noch sagen wollte

Fortsetzung von Seite 1

kung für jede Fraktion und jeden Abgeordneten eingeführt werden! Es ist unsäglich, wenn zu gewissen Themen in einer Eintretensdebatte zwanzig mal das Gleiche gesagt wird und dann beim Artikelaufruf nachgedoppelt wird und all die vermeintlichen Rechtsexperten des Hohen Hauses ihre Weisheiten zum Besten geben und immer wieder versuchen, dem zuständigen Regierungsmitglied zu erklären, dass sie mit ihrem Rechtsverständnis halt immer recht haben und sowieso alles besser wissen als die Regierung. Kann es sein, dass Verbände den Abgeordneten seitenweise Änderungsanträge zuspiesen und diese dann meistens von einem Abgeordneten

runtergeleiert und «vertreten» werden, im guten Wissen dass diese Verbände solche Änderungen sicherlich schon mindestens einmal mit dem zuständigen Regierungsmitglied besprochen haben? Ist lauter, dass Abgeordnete Meinungen Dritter zum Besten geben? Nein, es verstösst ja sogar gegen die Geschäftsordnung. Gerade jetzt müssten doch alle Parteien festgestellt haben, wie unsäglich schwierig es ist, Personen für die Landtagswahlen zu rekrutieren. Das Problem für Mann und vor allem Frau besteht ja mit Sicherheit nicht, dass man als Landtagsabgeordneter keine Pension und im Schnitt ja gerade mal «nur» vierzigtausend Franken im Jahr erhält. Nein, das Problem liegt darin, dass man viel zu viel Zeit von seiner täglichen Arbeit entfernt bleibt. Die verlorene Zeit am Arbeitsplatz oder die verlorene Zeit mit Familie und Kindern sind die meist gehörten Gründe, dass sehr fähige Personen sich nicht dazu bereit

erklären, für ein Landtagsmandat zu kandidieren. Das ist halt leider die Realität.

Die Unabhängigen freuen sich fünf in verschiedenster Form selbständig Tätige nominiert zu haben. Dies ist absolut die Ausnahme und nicht die Regel. Schauen sie sich die Berufsgattungen und die Arbeitgeber aller Landtagskandidatinnen und Kandidaten doch mal genauer an. Was fällt auf? Es kommen immer mehr Personen aus der Landesverwaltung! Das kann es doch wirklich nicht sein. Ich möchte jetzt keiner dieser Personen die Fähigkeit im Landtag mitzuwirken absprechen, jedoch ist dies ein Trend der schon besorgniserregend ist.

Unsere Regierung besteht ja schon grossmehrheitlich aus Personen aus der Landesverwaltung. Ist dies ein Zufall? Und dann soll sich der Landtag auch noch mehrheitlich aus Staatsangestellten zusammensetzen?

Eine bessere Mischung der verschiedenen Berufsgattungen ins Hohe Haus zu bekommen, kann nur erreicht werden, indem man künftig eintägige Sitzungen abhält! Dies würde die Qualität und Entscheidungskraft des Landtags keineswegs verringern, im Gegenteil, die Qualität würde gesteigert. In der Kürze liegt die Würze! Der Jahrmarkt der Eitelkeiten im Hohen Haus, wie es ein abtretender Landtagsabgeordneter so schön ausgedrückt hat, würde ein jähes Ende finden.

Eine Landtagsreform ist mehr als nur notwendig, aber bitte am richtigen Hebel ansetzen. Für eine vernünftige Reform müssen Vorschläge und klare Aufträge vor allem ausserhalb des Hohen Hauses erarbeitet werden. Denn haben Frösche schon einmal entschieden, sich den eigenen Teich trocken zu legen?

und hoffe, dass die Wählerinnen und der Wähler an der Urne zu erkennen geben, was sie von solch «gesetztem» Gehabe halten.

Genug gelästert. Ich bedanke mich bei den **Kandidaten** der Unabhängigen für ihren Mut, sich der Landtagswahl 2021 zu stellen. Es bleibt zu hoffen, dass sie alle eine hohe Anzahl von Stimmen erreichen und ab Februar unser Land mit viel Engagement und «alternativem» Gedankengut zum Wohle aller Landesangehörigen vertreten dürfen.

du
die Unabhängigen - für Liechtenstein